



Presseinformation

Nr. 182/2010

Kiel, Mittwoch, 19. Mai 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Finanzen / Schuldenbremse

Katharina Loedige: Mit der Schuldenbremse setzen wir ein wichtiges Zeichen!

In ihrer Rede zu **TOP 6** (Schuldenbremse) sagte die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„Daniel Düsentrieb, der zerstreute Hühnervogel aus der Comic-Stadt Entenhausen, hat wunderbare Dinge erfunden. Daran erinnert uns die Journalistin Susanne Höll.

Sie meint, dass man ihm auch zutrauen könnte, eine Schuldenbremse zu bauen. Das wäre eine Apparatur, die jeden deutschen Politiker automatisch, geräuschvoll und äußerst schmerzhaft zwickt, wenn er 'mal wieder neue Kredite für fragwürdige Projekte aufnehmen möchte. Und natürlich auch dann, wenn er staatliche Schulden nicht zurückzahlt, obgleich er es sich leisten kann.

Das Gerät gibt es leider nicht, die Schuldenbremse wird es aber in Schleswig-Holstein bald geben. Als einziges Bundesland werden wir eine so genannte Schuldenbremse in unserer Verfassung verankern und damit auch die Politiker der kommenden Wahlperioden in die Pflicht nehmen.

Dass uns heute ein fraktionsübergreifender Antrag vorliegt, ist sicherlich auch den vielen neuen und jungen Politikern in unseren Fraktionen – mit Ausnahme der LINKEN – zu verdanken. Wir wollen einfach keine Schulden mehr zu Lasten unserer Kinder und Enkel machen und das Land finanziell ruinieren.

Wir sind bereit, für die fehlgeleitete Politik der letzten Jahrzehnte die Konsequenzen zu ziehen und zwingen uns heute in ein sehr enges Verfassungskorsett.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Über Jahre hinweg ist es versäumt worden, eine Konjunkturrücklage zu bilden. Statt in guten Zeiten für die schlechten zu sparen, hat man sowohl in guten wie in schlechten Zeiten immer mehr ausgegeben, als eingenommen wurde. Der Wohlfahrtsstaat hat mit Zustimmung und zum Teil sogar auf Forderung seiner Bürger über seine Verhältnisse gelebt.

Die bisherigen verfassungsrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme, nämlich nur für Investitionen, wurden umgangen: Das Land hat Kredite aufgenommen, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Es hat Schattenhaushalte gebildet, um diese Missstände zu verschleiern.

Dies ist künftig nicht mehr möglich. Der vor wenigen Tagen auf Bundesebene eingerichtete Stabilitätsrat wird u.a. über die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen der Länder wachen. Eine Nichteinhaltung auch nur in einem der nächsten zehn Jahre bedeutet für Schleswig-Holstein nicht nur den Empfang eines blauen Briefes aus Berlin, sondern auch die Streichung der Konsolidierungshilfe von 80 Millionen Euro in diesem betreffenden Jahr.

Wir haben ein Ausgabenproblem, was sich an der letzten Steuerschätzung wieder gezeigt hat. Die Einnahmen der Bundesrepublik sind zwar nicht so hoch wie erhofft, aber so hoch wie noch nie – und das trotz eines beschleunigten Rückgangs der Bevölkerung. Es wird unsere Aufgabe sein, die Einnahmen des Landes mit den Ausgaben in den nächsten zehn Jahren in Einklang zu bringen. Eine Herkulesaufgabe angesichts der finanziellen Situation, in der sich Schleswig-Holstein befindet.

Die größte Sorge vieler Menschen ist die wirtschaftliche und damit auch die gesellschaftliche und politische Stabilität des Staates. Viele Menschen haben ihr Vertrauen in die finanzpolitische Seriosität staatlicher Schulden oder gar Finanzverwaltungen, die Festigkeit der Versorgungssysteme und eine sichere Zukunft des Sozialstaats verloren. Sie sind verängstigt durch die schiere Höhe der Staatsschulden.

Die Schuldenbremse ist Mittel und Symbol zugleich. Sie dient dazu, das Schuldenmanagement, das bisher von der Politik eher wie eines der üblichen Silvesterversprechen behandelt wurde, nun zu einem verpflichtenden Instrument der Entschuldung und damit der Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens zu machen.

Die griechischen Spuren schrecken!

Unsere Politik wird darauf ausgerichtet sein, Wirtschaftswachstum zu stützen und so höhere Einnahmen im Land zu generieren.

Die Krise um Griechenland, aber auch die Verschuldung aller Staaten, die sich krisenbedingt stark erhöht hat, ruft nach institutionellen Änderungen in Europa. Die tiefe Sorge um die Beherrschbarkeit der Staatsfinanzen und die Debatte über die Möglichkeit von Staatsbankrotten zeigen, dass die Regeln des Maastrichter Vertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht ausreichen. Staaten müssen sich selbst disziplinieren. Unsere Antwort ist die verfassungsrechtliche Schuldenbremse.

Der Norden setzt Zeichen! Er zeigt mit seinem heutigen Beschluss allen anderen Bundesländern, dass er es ernst meint mit der Konsolidierung seines Haushalts und damit mit der Gestaltung der Zukunft seiner Landeskinder.

Am Erfolg unserer Konsolidierungspolitik entscheidet sich auch unser zukünftiger Wohlstand. Es gibt keine Alternative.“